

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 12.— M., bei Selbstabholung 11.— M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— M., für einen Monat 8.— M. — Preis der Einzelnummer 50 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4566. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4566

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 3.— M., bei Platzvorschrift 3.00 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 2.40 M. Reklame-Kolonelle 12.— M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreichs Programm für Cannes.

Paris, 30. Dezember. (D.N.) Nach Meldung des Ratin bringt Frankreich zur Konferenz von Cannes einen ausführlichen Vorschlag mit, den der Ministerrat am zweiten Weihnachtstags tag einstimmig angenommen hat. Der wesentliche Inhalt des Vorschlages betrifft die Zahlung der deutschen Raten im Januar und Februar, die Herabsetzung der späteren Zahlungen um 20 bis 25 Prozent, die Übernahme der finanziellen Kontrolle Deutschlands durch die Garantiekommision und die Unterstellung der Reichsbank unter gemischte englisch-französische Kontrolle.

London, 30. Dezember. (Frankf. Ztg.) Als wichtiges Faktum ist es anzunehmen, daß der belgische Ministerpräsident mit Briand zusammenkommt und vor der Konferenz Lond Georges treffen wird. — Der Daily Telegraph betont die Notwendigkeit einer solchen klärenden Aussprache, die der Konferenz von Cannes vorhergeht. Das Blatt stellt fest, daß von Cannes nur eine Regelung der Zahlungen für das Jahr 1922 und eine Einigung über die englischen Absichten zum Wiederaufbau Europas erwartet werde, während die Hauptaufgaben der künftigen Wirtschaftskonferenz zufallen.

Die Wirtschaftskonferenz.

Paris, 30. Dezember. Die Wirtschaftskonferenz hat heute im Ministerium des Auswärtigen unter dem Vorsitz Lond Georges begonnen. Die englischen und französischen Finanz- und Industriekapitalisten waren mit dem Plan, der als Grundlage für den Wiederaufbau Europas dienen soll, einverstanden. Dieser Plan wurde den italienischen und belgischen Delegierten übermittelte. Er wird heute nachmittags in öffentlicher Sitzung besprochen werden. Die Konferenz wird heute abend oder morgen früh eine vorläufige Erklärung veröffentlichen, welche die Bedingungen festsetzt, unter denen die Signatarmächte bereit sind, die Handelsbeziehungen mit den andern Ländern, besonders mit Rußland, wieder auszunehmen. Diese Bedingungen werden besonders die Anerkennung des Privatigentums und die Verpflichtung des Staates umfassen.

Nach einer Havas-Meldung haben der belgische und der italienische Delegierte den französisch-englischen Vorschlag gebilligt.

Kostungen der Gläubiger Rußlands.

London, 30. Dezember. Der Präsident der Vereinigung der britischen Gläubiger Rußlands hat gestern eine Mitteilung an die Presse ausgegeben, worin er erklärt, die Mitglieder einer Vereinigung und andre Interessenten begrüßen die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage in Rußland mit Freude. Am Schluß der Mitteilung heißt es, das Selbstmittel für die gegenwärtige Lage in Osteuropa sei die Anerkennung Sowjetrußlands. — Daily Chronicle zufolge befragt sich Mister Wise, der Sachverständiger für die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ist, auf Wunsch Lond Georges nach Cannes.

Eine Untersuchungsreise der Reparationskommission.

Paris, 31. Dezember. (T.N.) Aus bester Quelle wird bekannt, daß die Wiederherstellungskommission beabsichtigt, an Ort und Stelle eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die deutsche Regierung tatsächlich die nötigen energetischen Maßnahmen getroffen hat, um die regelmäßigen Ratslieferungen in der vorgeschriebenen Höhe zu sichern.

Paris, 30. Dezember. (D.N.) Der Temps meldet: Die Reparationskommission lehnte Deutschland eine Frist bis spätestens 30. Januar zur Nachlieferung der rückständigen 1 240 000 Tonnen Kohle.

Verstärkung der französischen Besatzungstruppen?

Frankfurt a. M., 31. Dezember. (T.N.) Wie die Frankfurter Nachrichten aus guter Quelle erfahren, verstärken die französischen Besatzungen die französischen Truppen im besetzten Gebiet in der letzten Zeit wieder erheblich, so daß die Stärke von 1919 erreicht, wenn nicht sogar überschritten ist.

Kein Steuerkompromiß?

Berlin, 31. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts sagt, daß die Meldung des Lokal-Anzeigers, der Reichskanzler wolle einen Kompromiß in der Steuerfrage zwischen den Führern der Koalition herbeiführen, nicht zutrefte. Die sozialdemokratische Partei stehe im übrigen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Bewilligung von Verbrauchsteuern nicht eher zu rechtfertigen sei, als bis auch der Besitz in angemessener Weise zur Tragung der Gesamtlasten herangezogen wird.

Ob diesem Dementi so recht zu trauen ist, erscheint uns fraglich. Daß Wirth schon mehrmals erklärt hat, er sei für die verbreiterte Koalition nach rechts, steht doch fest. Die Deutsche Volkspartei tritt aber doch nicht bedingungslos in die Regierung? Für sie ist die Steuerfrage doch nicht erst seit heute die Hauptsache, ihre ganze Politik dreht sich doch in der Hauptsache um sie. Da ist es schon besser, das größte Mißtrauen zu hegen, zumal da die Vorgänge hinter den Kulissen dieses wesentlich begründet erscheinen läßt. Auch die Festigkeit der Rechtssozialisten ist nicht über jeden Zweifel erhaben, denn was man in dieser Beziehung seit Kriegsausbruch an Umschwüngen und Umfall von jener Seite erlebt hat, fordert zur größten Vorsicht und Abwarten heraus.

Das Jahr 1921.

Die internationale politische Spannung zu Beginn des nun ablaufenden Jahres ist jetzt wiederum das Kennzeichen der augenblicklichen Lage, ja man darf sogar, ohne der Uebertreibung galeichen zu werden, sagen, sie ist gespannter als je war. Die durch den Krieg gestelgerten und verschärften Gegensätze der kapitalistischen Staaten und Nachgruppen untereinander drängen zu einer Milderung und zum Ausgleich. Ununterbrochene Konferenzen, die im verflochtenen Jahre stattfanden und jetzt noch andauern, vermochten jedoch keine Entspannung und keine sichtbaren Fortschritte zu bringen. Die Regierungen der Siegerstaaten, und besonders die Frankreichs, glauben noch immer, daß Kriegsfolgen nach dem alten Rezept zu beseitigen sind, das da lautet: den unterlegenen Völkern werden die Lasten auferlegt, und wenn es ihnen auch schwerfällt, sie zu tragen und zu erfüllen, so darf es doch keine Nachsicht geben. Nach diesem Grundsatz ist das Versailles Diktat geschaffen worden. Nach demselben auch das Londoner Ultimatum vom Ende vergangenen Jahres an Deutschland, das die gesamte politische Welt beschäftigte und das erste halbe Jahr 1921 über in Wien hielt. Ein Fortschritt gegen Versailles sollte darin bestehen, daß man Deutschland auf der Londoner Konferenz anhören wollte; im übrigen sollte es die Reparationszahlung von 126 Milliarden Goldmark, die 20 prozentige Ausfuhrabgabe und die sonstigen Bedingungen widerspruchlos anerkennen. Tat es dies nicht, so sollte eben der französische Gen darm antreten und es zur Erfüllung zwingen. Das war Wasser auf die Mühlen der deutschen Nationalisten, denen das deutsche Volk diese unerträgliche Last und Lage zu verdanken hat. In der schamlosesten Weise bekten sie gegen die Regierung und forderten sie auf, dieses Diktat unter keinen Umständen anzuerkennen, folge daraus, was da wolle. Diese Katastrophenpolitiker sind sich gleich geblieben, sie haben nie Verantwortungsgelübt und werden auch keines bekommen. Zwischen ihnen und der Vernunftpolitik gibt es keinen Ausgleich. Hier kann es nur heißen, sie von jeglichem Einfluß auf die Politik fernzuhalten. Besonders giftig wurde der Kampf der rechtsstehenden Parteien gegen unsre Blätter und unsre Partei geführt, weil sie, wie im Frühjahr 1919, dazu riet, den Weg der Verhandlungen zu beschreiten, auf Verhandlungen zu drängen und den Katastrophenpolitikern das Ohr zu verschließen. Und der Gang der Ereignisse, wie die Entwicklung haben ihr wiederum, wie damals, recht gegeben. Es kam zur Konferenz in London. Der deutsche Außenminister Simons lehnte das Diktat ab und würdte von einem Teile der deutschen Nationalisten als Held gefeiert. Aber nur von einem Teile; denn in den Augen der Mehrzahl hat er die Tobllinde begangen, in London eine Mitschuld der deutschen Militärpartei am Kriege zugegeben zu haben. Der Kampf gegen ihn wurde mit immer größerer Heftigkeit geführt, bis man ihn nach und nach misamt dem Kabinett Fehrenbach zur Strecke gebracht hatte. Ein Teil des Ruhrgelbiets wurde besetzt und die angedrohten wirtschaftlichen Sanktionen traten in Kraft. Der Erfolg dieser Maßnahmen war aber so, daß selbst die Entente einsehen mußte, daß auf diesem Wege das große Reparations- und Entschädigungsproblem nicht zu lösen ist. In die Stelle des Fehrenbachschen Kabinetts, das Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten umschloß, trat die frühere Koalition mit Wirth als Reichskanzler und nach einiger Zeit der wilhelminische Gesandte im Haag, Rosen, als Außenminister. Die Kusschaltung der Deutschen Volkspartei war den führenden Leuten dieser Partei außerordentlich unangenehm. Mit allen Mitteln versuchten sie, wieder hineinzukommen. Ja, der Hauptanwärter auf den Reichskanzlerposten, Herr Stresemann, ließ verkünden, daß England seine Reparationsforderungen herabzusetzen geneigt sei, wenn Stresemann Reichskanzler werde. Wenn je einem Sozialdemokraten nachgesagt würde, das Ausland würde sich zu einem Nachlaß der Forderungen verstehen, wenn er Reichskanzler würde, dann wäre es für die bürgerliche Welt ganz selbstverständlich, daß dies nicht mit richtigen Dingen zugehe, daß hier vielmehr etwas faul sein müsse; bei dem bürgerlichen Herrn Stresemann aber ist es ganz selbstverständlich, daß das Nachgeben Englands nur geschieht, um die „aberragende“ politische Persönlichkeit Stresemanns an die Spitze der deutschen Reichsgeschäfte zu bringen.

Die erste Goldmilliarde, die Ende August zu zahlen fällig war, wurde von der Wirthschen Regierung aufgebracht, freilich ohne ohne große Schwierigkeit, denn die deutschen Kapitalisten kauften ihr die Devisen vor der Nase weg und boten sie ihr dann zu Unsummen an, so daß der Reichskanzler wegen dieses vaterlandsverräterischen Treibens die Flucht in die Dossentlichkeit antrat was ihn einen wütenden Angriff aus den Reihen der Vertrauensleute eintrug. Die Vertreter des goldenen Kalbes verlangten von ihm, er müsse ihnen eine Ehrenerklärung geben, sonst würden sie der Regierung samt dem Reiche den Atem abstellen. Wirth blieb nichts

übrig, als zu widerrufen, wollte er nicht abtreten. Er wählte in seinem Widerruf freilich eine Form, daß die Beteiligten zufrieden sein konnten, aber in der Sache hielt er den Vorwurf, daß Deutschland durch die Spekulation aufs schwerste geschädigt worden sei, aufrecht. Auch die zweite Rate wurde beschafft. Die Regierung Wirth versuchte, ihr Wort wahrzumachen, die Verpflichtung so treu als möglich zu erfüllen. Erst dann, wenn die Unmöglichkeit eintrat, den Verpflichtungen weiter nachzukommen, werde dies der Entente gesagt. Dieser Zeitpunkt trat bald ein. Anfang Dezember erklärte Wirth der Reparationskommission, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die Januar- und Februarraten voll bezahlt werden könnten. Ehe es aber zu dieser konsequenten Politik kam, bot sich den bürgerlichen Parteien Gelegenheit, die Regierung Wirth zu stürzen. Der äußere Anlaß dazu war die Entscheidung in der oberösterreichischen Frage. Sie stellten es so dar, als ob Wirth gesagt habe, er werde abtreten, wenn Oberösterreich nicht ganz bei Deutschland bleibe. Obwohl sich Wirth in dieser unzweideutigen Weise niemals geäußert hat, so konnte man doch aus einigen seiner Wendungen lesen, daß die Entscheidung der oberösterreichischen Frage für ihn ein Wendepunkt werden könne. Die bürgerlichen Parteien wußten ganz genau, daß der Versailles Vertrag eine Teilung Oberösterreichs vorsieht und daß es absolut nicht in der Macht des deutschen Reichskanzlers liegt, die Bestimmungen dieses Vertrags außer Kraft zu setzen, wenn die Mächte darauf beharren. Aber was ging sie das an? Die oberösterreichische Frage war ihnen auch mehr der äußere Anlaß, um den verhassten Kanzler zu stürzen, der eigentliche Grund war innerpolitischer Natur, und zwar waren es die Steuervorfälle, in Verbindung mit seinem Auftreten gegen die immer frecher werdenden Rordpolitiker. Hauptschuld an dem Sturze der Wirthschen Regierung im Oktober tragen die Demokraten, die bei der ganzen Angelegenheit auch die schärfste Rolle gespielt haben. Der ganze Erfolg dieser Aktion gegen Wirth war, daß eine Regierung, ähnlich wie sie vor dem bestand, wieder gebildet wurde und daß die Stresemannschen Vaterlandsretter das Nachsehen hatten.

Nicht ohne vorher mit maßgebenden Kreisen Englands Fühlung genommen zu haben, wird Wirth dazu gekommen sein, der Reparationskommission mitzuteilen, daß es unwahrscheinlich sei, daß Deutschland die Januar- und Februarraten voll zahlen könne. In dem Schreiben ist auch jener Passus angeführt, der aus dem Schreiben der englischen Bank herrührt und sagt, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen und Verpflichtungen, die Deutschland haben, dies nicht für kreditwürdig genug angesehen werde, um ihm eine Anleihe zu gewähren. Es ist wohl als selbstverständlich zu betrachten, daß die Bank Englands nicht aus Eigenem solche politische Wendungen in einem so bedeutungsvollen Schreiben niederlegt. Und so darf man annehmen, daß sie es im Einverständnis mit der englischen Regierung getan hat. Das Schreiben des Reichskanzlers hat sofort die Wirkung gehabt, daß sowohl die englische als auch die französische Regierung zu dem Standpunkt gekommen sind, das Reparationsproblem müsse in Verbindung mit der gesamten weltwirtschaftlichen Lage behandelt werden. Diesem Zwecke gelten jetzt auch die Konferenzen, die sogar über die Feiertage abgehalten wurden und im Januar in Cannes fortgesetzt werden sollen.

Man hätte annehmen sollen, daß der Schritt des Reichskanzlers bei den Rechtsparteien in Deutschland ein freudiges Echo gefunden hätte. Waren sie es doch, die von jeher erklärt haben, die Regierung müsse sagen, Deutschland könne nicht bezahlen. Aber weit gefehlt, mit einer Heftigkeit ohnegleichen fielen die Wortführer der Rechtsparteien, und besonders Helfferich, über Wirth her und machten ihm seines Schrittes wegen die heftigsten Vorwürfe. Sie behaupteten, seine Politik habe Bankrott gemacht und er müsse abtreten, woraus mit Deutlichkeit hervorgeht, worauf es die Herrschaften abgesehen haben. Sie wollen um jeden Preis in die Regierung und die politische Macht in ihre Hand bekommen. Daher die krampfhaften Versuche, Wirth und seine Regierung, koste es was es wolle, zu stürzen. Es sind aber vornehmlich Gründe innerpolitischer Art, die die Katastrophenpolitiker zu ihren fortgesetzten Attacken gegen Wirth treiben; und zwar sind es die Steuerfragen. Um diese wird wohl auch der Kampf noch am heftigsten entbrennen und das neue Jahr wird die großen Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links über diese Fragen bringen.

Mit dem Schritte des Reichskanzlers Wirth an die Reparationskommission ist aber die Hauptfrage der westpolitischen Lage überhaupt erst zur Verhandlung aller Beteiligten auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Gegensätze der Ententeländer traten denn auch sofort scharf zutage, was in dem Abbruch der Londoner Konferenz deutlich und ward. Die kapitalistischen Großstaaten haben einsehen müssen, daß sie die durch den Krieg erzeugten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben mit Gewaltmitteln nicht mehr meistern können.

Die Washingtoner Konferenz, auf der England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien und Japan zu einem Einver-